

Suhrkamp Verlag

Leseprobe



Glotz, Peter
Die falsche Normalisierung

Die unmerkliche Verwandlung der Deutschen 1989 bis 1994

© Suhrkamp Verlag
edition suhrkamp 1901
978-3-518-11901-3

es 1901
edition suhrkamp
Neue Folge Band 901

Die Wiedervereinigung erzeugt in Deutschland einen neuen Zeitgeist. Ein gerade zur Formel erstarrender Gedanke lautet: Deutschland müsse jetzt, nachdem es seine volle Souveränität zurückerhalten habe, eine Rückkehr zur Normalität der deutschen und europäischen Üblichkeiten vollziehen. Die zweite Hälfte dieser Denkfigur benutzt den Begriff des »Sonderwegs«: Eine Abweichung von der »Norm« des europäischen Nationalstaats sei eine neue Variante des verderblichen Sonderwegs der Vergangenheit. Ist es nicht ein »Sonderweg«, wenn wir entschieden aus dem Korsett des Nationalstaats ausbrechen wollen und uns für einen europäischen Bundesstaat einsetzen? Ist es nicht ein »Sonderweg«, wenn wir uns weigern, Soldaten zur Befriedung aller möglichen Konflikte in die Welt zu schicken? Müssen die Deutschen nicht »erwachsen« werden, ein »normales Nationalgefühl« entwickeln?

Peter Glotz wehrt sich gegen eine solche Philosophie der Normalisierung. Er fragt, ob die Deutschen aus ihrer nationalen Katastrophe nicht etwas Besonderes gelernt haben könnten. Er widerspricht der Sehnsucht, so zu werden wie die Franzosen oder Engländer, und setzt sein Konzept einer Zivil- und Technologiemaht Deutschland gegen die Rehabilitation von Nationalstaat, Ethnizität und Machtstaat. Seine These lautet: Es gibt eine unmerkliche Verwandlung der Deutschen seit 1989.

Peter Glotz, geboren 1939, lebt in München als Publizist und ist Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und des SPD-Parteivorstands. Er war Staatssekretär in Bonn, Senator in Berlin und Bundesgeschäftsführer der SPD. Glotz lehrt als Honorar-Professor Kommunikationswissenschaft an der Universität München.

Peter Glotz
Die falsche Normalisierung

*Die unmerkliche Verwandlung
der Deutschen 1989 bis 1994*

Essays

Suhrkamp

2. Auflage 2015

Erste Auflage 1994
edition suhrkamp 1901
Neue Folge Band 901

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1994
Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Hümmer, Waldbüttelbrunn
Printed in Germany

Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-11901-3

Inhalt

Vorbemerkung	9
Deutsche Gefahren	
Statt eines Vorworts	11

Normalisierungstheorie – Die ideologische Debatte

Deutscher Sonderweg?	
Aus dem Wörterbuch des wiedervereinigten Deutschland	33
Die Bewaffnung mit Identität	
Eine ethnologische Analyse des deutschen Normalisierungs- Nationalismus am Beispiel Hans-Jürgen Syberbergs	42
Freunde, es wird ernst	
Botho Strauß als Symptom der nationalen Wiedergeburt oder Wird eine neue Rechte salonfähig?	51
Der Kroat als Kunstprodukt	
Eine Polemik gegen Alain Finkielkraut	55
Kohls Kulturkampf	60
Deutschland mutiert im Kern oder Abschied von der Bonner Republik	66

Nationalismus und Bellizismus

Nationen sind Kopfgeburten	77
Wider den Feuilleton-Nationalismus	
Deutschlands intellektuelle Rechte beschwört eine gefährliche Normalität	83
Der Mannbarkeits-Test	
Deutschland als Zivil- oder Militärmacht	94

Die Schlachtbank Europas	
Über die Notwendigkeit einer neuen Südosteuropapolitik der Europäischen Gemeinschaft	102
Demnächst im Kosovo	
Über den Mechanismus ethnisch-nationalistischer Kriege ...	112
Die deutsche Lesart	
Vorläufige Bemerkungen über Krieg und Medien am Beispiel der bosnischen Tragödie	117
Der Wahrheit eine Waffe	
Plädoyer für eine Medienintervention in den jugoslawischen Kriegen	124
Im Zangengriff der Krieger	
Eine Koalition aus Gesinnungsethikern und Normalisierern ruft nach Interventionen der Bundeswehr im Ausland	133
Rokokosaalpolitik	
Notizen zur deutschen Außenpolitik nach 1989	137

Die Krise der europäischen Integration

Gesamteuropa – Skizze für einen schwierigen Weg	151
Achtung Europa!	
Deutschland und Europa nach der mitteleuropäischen Revolution	170
Europa der Regionen	
Über große und kleine Vaterländer. Ein offener Brief an Ralf Dahrendorf	184
Europa am Scheideweg	
Maastricht: Mehr Ende als Anfang	190
Integration und Eigensinn	
Kommunikationsraum Europa – eine Chimäre?	212

Die Lateinamerikanisierung Europas	
Melancholische Notiz nach Maastricht	226

Deutsche Fragen

Der Geist von Potsdam	
Sehnsucht nach der Staatsidee?	233
Ein Nachruf auf Bonn	
Aufstieg und Fall eines Regierungssitzes	243
Wir Komplizen	
Über die Prozesse gegen Erich Honecker und die Ostpolitik .	252
Game over	
Fünf Indizien für eine Staatskrise	265
Quellenhinweise	270

Vorbemerkung

Dieser Band faßt publizistische Arbeiten zusammen, die zwischen 1990 und 1994 entstanden sind und sich mit der »unmerklichen Veränderung der Deutschen« seit der zweiten deutschen Vereinigung befassen. Dabei kann die Feststellung jener Veränderung nicht als Vorwurf gemeint sein: Daß ein Strukturbruch wie die mitteleuropäische Revolution von 1989 eine betroffene Gesellschaft und ihre Menschen verändert, ist schlicht selbstverständlich. Die Frage ist: Wohin geht der Weg? Davon handelt ausführlich der Einführungs-Essay »Deutsche Gefahren«.

Das Buch bemüht sich um die Analyse eines neuen Schlüsselbegriffs der Deutschen, der zuerst im Golfkrieg auftrat: der »Normalisierung«. Warum können wir nicht sein wie Engländer und Franzosen? Die These vom deutschen »Sonderweg«, gemünzt auf die bewußte Absonderung der tiefen Deutschen vom rationalistischen Westen, wird umgedreht: Ist nicht auch der Anspruch, aus den deutschen Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts etwas Besonderes gelernt zu haben, der Aufbruch zu einem »Sonderweg«? Die »Normalisierungstheorie« wird zum Instrument der »Nationalisierung«. Dem wird in vier Abteilungen nachgegangen – analysiert wird die ideologische Debatte seit 1989, die außenpolitische Neuorientierung Deutschlands, die Krise der europäischen Einigung und die schmerzhaft Berührung zweier »Kulturen«, der west- und der ostdeutschen.

Dabei sind manche der erhobenen Forderungen durch »die Geschichte« überholt. Dies gilt vor allem für die Debatte um Europa (Abteilung 3). Die hinweggefegten Ideen wurden trotzdem nicht getilgt; sie zeigen eine Entwicklung. Der Erkennbarkeit halber wurden die Europa-Essays mit Jahreszah-

len (der Entstehung) versehen. Der Autor kann nicht versterken, daß er den Versuchen eines Teils unserer Intelligenzija, das weder besonders erhobene noch besonders aufgestörte deutsche Volk zu »normalisieren«, mit Skepsis gegenübersteht. Daher der Titel: *Die falsche Normalisierung*. Er rechnet sich aber ausdrücklich nicht zur selbstquälerischen Fraktion der deutschen Linken. Weder war die erste Vereinigung, die von 1871, einfach nur Vorgeschichte des Jahres 1933; noch muß der Mechanismus der Nationalisierung, der zwischen 1890 und 1914 griff, nach der zweiten Vereinigung erneut einrasten. Es gibt sichtbare Gefahren; aber auch greifbare Chancen. Von uns hängt ab, was sich realisiert.

Für das Aufstöbern unterschiedlichster, auch schwer erreichbarer Materialien und einen regelmäßigen Informationsservice danke ich Peter Munkelt, dem Leiter des Archivs des SPD-Parteivorstands in Bonn.

Schönau, 10. Januar 1994

Peter Glotz

Deutsche Gefahren

Statt eines Vorworts

»Mir kommt vor, man könne dem, was die deutsche Nation von 1870 bis 1945 getan hat, nicht durch Austritt, Verabschiedung oder Negation entkommen.«

Martin Walser, Deutsche Sorgen, 28. 6. 1993

Werden die Deutschen wieder eine Gefahr für Europa? Auf diese Frage gibt es in Deutschland zwei schnelle, typische Antworten. Die eine ist schmetternd: Nach vierzig Jahren gelungener Demokratie ist der Zweifel schon eine Frechheit. Die andere kommt selbstquälerisch daher: Die ganze deutsche Geschichte, jedenfalls die seit 1866 und der Reichsgründung von 1871, wird als Vorgeschichte des Jahres 1933 mißdeutet, als mehr oder weniger unausweichlicher Marsch in die faschistische Brutalität. Es ist fahrlässig, eine für die politische Stabilität eines ganzen Kontinents so unabweisbare Recherche mit derart primitiven Reflexen abzufertigen.

Denn erstens sind die Sorgen der Nachbarn, selbst wenn sie unberechtigt wären, ein Faktum, das selbst wieder Politik in Gang setzt. Engländer und Franzosen sind sich nicht grün: aber einig in dem Entsetzen über die zwischen Kraftakten und Subalternität schwankende Jugoslawien-Politik Deutschlands. Bei den Serben sind wir inzwischen wieder das bestgehaßte Volk der Welt, mit Rückwirkungen in der ganzen orthodoxen Gemeinschaft, vor allem bei Griechen und Russen. Das bedenklichste Symptom aber sind die neuen Verstimmungen bei den kleinen Völkern in nächster Nachbarschaft. Bei den Polen geht die Angst um, wir könnten es wieder einmal mit den Russen halten. Die Tschechen sind erbittert über Entschädigungs-Debatten, die sudetendeut-

sche Verbände anfangen – und versteigen sich zu fragwürdigen Rechtfertigungen des »Odzun«, des »Abschubs«. Und die Holländer sind starr vor Entsetzen über die Morde von Rostock, Solingen, Mölln – und halten die Reaktionen der deutschen Demokraten für halbgar, schwächlich. Wir Deutschen sollten uns klarmachen, daß jedenfalls die politischen Klassen unserer Verbündeten so ähnlich denken, wie Margret Thatcher spricht. Sie sind nur nicht so impertinent und schrill wie die legendäre Dame aus der englischen Mittelschicht.

Zweitens treten – jenseits von Einschätzungen – alte, objektive Konstellationen wieder hervor: die machtgeographisch gefährliche, ja vertrackte Mittellage Deutschlands. Wir sind der größte Brocken auf diesem Kontinent, der Westen des Ostens und der Osten des Westens. Europa sollte sich nicht mit der fragwürdigen Behauptung aufhalten, daß die Deutschen aufgrund irgendeines ominösen Volkscharakters machtbesessener seien als andere, sondern fragen, wie zu verhindern ist, daß die Deutschen wieder in ihr altes Dilemma rutschen: zu schwach zu sein, um Europa zu führen, und zu ungefüge, um in Europa eingepaßt zu werden. Die Teilung Deutschlands und die nahtlose Verklammerung der Teilstücke in zwei rivalisierende – und nuklear in Schach gehaltene – Machtblöcke ist unwiederbringlich dahin. Eine neue Installation kann nicht von den Deutschen konstruiert werden, sondern ist ein europäisches Problem.

Der Mechanismus der Nationalisierung

Nun ist die deutsche Vereinigung die zweite im Lauf von 120 Jahren. Was kann Europa aus der ersten für die zweite lernen? Warum analysieren wir den Mechanismus der Nationalisierung nicht mit aller Schärfe? Die Abkoppelung der nationalen Einheits- und Machtideale von den liberalen Freiheitsidealen

vollzog sich ja nicht sprunghaft, sondern in einem vierzig-jährigen, durchaus schrittweise vorrückenden Prozeß. Der Reichsnationalismus setzte sich bei den bürgerlichen, bäuerlichen Massen, die zuerst einmal unpolitisch oder regional und dynastisch loyal gewesen waren, nicht von heute auf morgen durch. Der Historiker Thomas Nipperdey hat diese Bewegung eines »langsam sich nach rechts verschiebenden Nationalismus« akribisch geschildert. Das, was wir heute in einem meist oberflächlich-kulturkritischen Impuls »Wilhelminismus« nennen, ein modern-cäsaristisches Imperial-Kaisertum, setzte sich erst nach 1890 durch. Erst dann wurden die siebenhundert Bismarcktürme und -säulen auf die Berg-rücken des protestantischen Deutschlands gestellt. Erst dann begann der große Einfluß der Alldeutschen, der Fichte-Bünde, des Flotten- und Ostmarkenvereins. Wann, so müßte man zum Beispiel – im Interesse der CDU/CSU, der großen liberal-konservativen Partei des heutigen Deutschlands fragen – reichte der Liberalismus der National-Liberalen nicht mehr aus, Wähler und soziale Gruppen zu integrieren? Wann gewann die nationale Programmatik die integrative Funktion? Wann spürten das die Schäubles und Stoibers von damals und warfen das Ruder herum? Wann – und wie? – entwickelte sich aus dem »Mitte-Auftrag«, den die Deutschen bekommen zu haben glaubten, die aggressive Verdrängungs-politik zwischen Deutschen und Polen (der obligatorische polnische Sprachunterricht, in Preußen selbstverständlich, fiel 1887, also 16 Jahre nach der Einigung), also jener typische Klapp-Mechanismus, den wir heute aus den serbisch-kroatischen oder israelisch-palästinensischen Konflikten kennen, wo die Konzessionen der einen Seite immer zu gering sind, um von der anderen akzeptiert zu werden, weil die zu Hause unter massivem, nationalistisch-populistischem Druck steht? Warum versuchen wir nicht, den Prozeß der »Nationalisierung« – der als Drohung unter dem Stichwort »Renationali-

sierung Europas« längst in allen europäischen Kanzleien bewispert wird – solide und nüchtern zu studieren?

Vergeßt zuerst einmal – möchte man den Freunden in Frankreich, Italien, Holland oder anderswo zurufen – Hitler; so unvergeßlich er und seine Gangstertruppe ist. Die näherliegende Gefahr ist eine Konstellation wie 1914/18, vielleicht kein europäischer Krieg, wohl aber die Zerbröselung der bisher funktionierenden westlichen Strukturen unter dem Einfluß der betörenden Dämpfe, die der Pandorabüchse von 1989 entsteigen. Der deutsche Nationalismus mußte, was immer die selbstquälerische Fraktion der deutschen Linken sagt, nicht zum Faschismus führen; der französische Nationalismus hat am Entstehen der Nazis übrigens auch ein gerüttelt Maß Schuld. Aber schon der Nationalismus von 1914 selbst – in Deutschland und in Frankreich und anderswo – war ja bestialisch, auch ohne Arturo Ui und seine Gang. Wer nie mehr gezwungen sein will, über (neuen) Faschismus zu reden, der muß über die Nationalisierung als Prozeß reden, über die allmähliche Steigerung von Patriotismus über einen Normaltyp des Nationalismus zum Radikal-Nationalismus, zur Raserei.

Die Gefahr einer Selbstzerstörung des Westens

Die wichtigste Weichenstellung, die außenpolitische, muß europäisch, sogar europäisch-atlantisch bewerkstelligt werden, da liegt die Verantwortung keineswegs bei den Deutschen allein. In dem komplizierten Gefüge, das wir vereinfachend als »Westen« bezeichnen, war Deutschland relativ fugenlos integriert. Die mächtigste Institution, die NATO, war amerikanisch dominiert; die Deutschen als wichtiger europäischer Partner hatten einerseits einen ausreichenden Einfluß, waren andererseits durch integrierte Stäbe an Alleingängen vollstän-

dig gehindert. In der EG hing vieles an einer deutsch-französischen Achse, die Giscard und Schmidt genauso pflegten wie Mitterand und Kohl; die Deutschen hatten als stärkster Exporteur gewaltige Vorteile, als größte Nettozahler aber auch erhebliche Pflichten. Unterprivilegiert blieb die große ökonomische Macht Deutschland in der UNO mit ihrer Jalta-Struktur; da die Erfolgsdeutschen bis 1989 aber keine weltpolitischen Interessen entwickelten, fiel ihnen dies kaum auf. Das deutsche Problem war ruhiggestellt.

Seit der Eiserne Vorhang hochgerumpelt ist, geraten die Strukturen ins Schwimmen. Es ist eine objektive Notwendigkeit, das alte Zwischeneuropa mit dem Westen zu verbinden; aber wie? Bei den jeweiligen Geschäftsführern des Zeitgeistes dominiert gutwillige Konzeptionslosigkeit statt politischer Kalkulation. Die KSZE, anderthalb Jahrzehnte ein nützliches Instrument für Kommunikation, Abrüstung, sogar Volksgruppenprobleme, wurde nach 1989 blitzschnell zerstört – durch Aufblähung. Die EG, die ihre Süderweiterung (Griechenland!) noch keineswegs verdaut hatte, versprach verschiedenen ost-mitteuropäischen Staaten voll feierlichen Leichtsinns die Vollmitgliedschaft. Das Motiv war ethisch; man wollte die polnische oder slowakische Demokratie so sichern wie die spanische oder portugiesische. Die Rechnungen waren allerdings dilettantisch; wollte man auch nur die Hilfsprogramme für Osteuropa (PHARE) auf die Kriterien bringen, mit denen die ärmeren Regionen der Gemeinschaft gestützt werden, müsste man sie verzehnfachen. Der Agrarmarkt einer nach Osten erweiterten EG verlangte im Jahr 2000 zusätzliche zweiundvierzig Milliarden ECU, aufgestockt auf die heute notwendigen fünfunddreißig. Die Regierbarkeit einer Gemeinschaft von fünfundzwanzig ganz verschiedenen Nationalstaaten steht in den Sternen. Inzwischen redet man auch von der Osterweiterung der NATO, aus der sich die Amerikaner aus höchst eigenen Gründen im-

mer stärker herausziehen werden. Wie wirksam eingebunden würde das vergrößerte Deutschland in einer neuen, notwendigerweise lockerer gefügten, nach Mitteleuropa ausgreifenden NATO sein?

In Deutschland trifft der euphorische 89er-Dilettantismus der europäischen Kanzleien – das Elysee und der vereinsamende Delors ausgenommen – auf gedüngten Boden. Auf der Rechten entwickelt sich erneut, wenn auch auf Taubenfüßen, der »Mitte-Auftrag«, die Idee einer Mission Deutschlands im Osten, aus der in kommenden Jahrzehnten der ostorientierte Nationalismus eines Ostmarkenvereins – vielleicht geformt aus Vertriebenenverbänden? – werden könnte – nicht werden muß. Auf der Linken tritt die Ostorientierung paneuropäisch-pazifistisch auf, als Bündnis mit der antikommunistischen Dissidenz von Prag, Warschau oder Budapest, als höchst sinnvolles Demokratisierungsprojekt, allerdings in ganz utopischen Dimensionen. Noch ist nichts verloren. Wenn sich die harten Institutionen des Westens – NATO, EU – aber nicht rasch fangen, wird das neue Deutschland entschient. Dieser Lockerungsprozeß, zum Beispiel die Entwicklung der Europäischen Union zu einer besseren Freihandelszone, wäre kein deutscher Befreiungsschlag, sondern eine gemeineuropäische Sklerose. Am Ende könnte (könnte, nicht muß!) die Selbstzerstörung jener Struktur stehen, die wir bisher den »Westen« genannt haben.

Kleiner Bericht zur Lage der deutschen Nation

Die Behauptung, daß das deutsche Volk heute nationalistisch sei, wäre böswillig. Viele Westdeutsche sind schnell aggressiv und ein wenig egoistisch, viele Ostdeutsche neigen zur Wehleidigkeit, allen gemeinsam ist, daß sie sehr über ihr Privatleben gebeugt sind. Im Vergleich zum nationalen Bürgertum

von vor hundert oder achtzig Jahren haben die Deutschen aber eine ordentliche Portion von dem entwickelt, was die Vorfahren als »Krämergeist« verachteten. Eine Verschärfung von Identitäts-, Homogenitäts- und Konsensforderungen wird propagiert, trifft bisher im Volk aber auf wenig Resonanz. Die großen Nationalisierungsinstanzen, Schule und Militär, sind vergleichsweise zivil, noch wirkt die Kulturrevolution von 1968 nach, wenn auch verdünnt und bestritten. Die kleine, harte Rechte ist eher böse mit dem hedonistischen Pack: »Von einer Nation von Tatterichen und von Einzelkindern«, hat ein nationalistischer Professor wütend gesagt, »ist jedenfalls kein Überfall mehr zu befürchten. Eher ist damit zu rechnen, daß dieses Lebensabendland die leichte Beute eines vitaleren Nachbarn wird«. Dieser Zorn geht den Verkäuferinnen, Software-Spezialisten oder Nachrichtentechnikern am Arsch vorbei (Sprache der Nachkriegsgeneration). So weit, so gut.

Ein Problem ist die Zerstörung der gewachsenen Führungsschichten durch die Nazis. Die hat den Vorteil, daß die antidemokratischen Industriellen-, Offiziers- und Honoratiorencliquen drastisch reduziert wurden; aber den Nachteil, daß die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten kooperationsunfähig, planlos, relativistisch und zerfahren sind. Die Gründergeneration der Westrepublik hatte mit Ludwig Erhard und Karl Schiller immerhin über zwei schöpferische Ökonomen an der Spitze des Wirtschaftsministeriums verfügt. Helmut Kohl, der Kanzler einer Achsenzeit, war zur ökonomischen Steuerung eines radikal neuen politischen Prozesses – auch mangels eines Teams von geschulter Fachintelligenz – außerstande. Die tiefe Krise, die sich so entwickelte, ist zwar sicher überwindbar. Aber fünf oder sechs Millionen Arbeitslose können zum Resonanzboden von politischem Radikalismus werden. Alarmzeichen ziehen auf.

Einem irgendwie lodernden, gefährlichen Linksradikalismus ist durch die Diskreditierung der Kommunisten derzeit der Boden entzogen; die Nachfolgepartei der SED, PDS, versucht sich als eine Art Bund der Entrechteten im Osten, agiert ökonomisch unverantwortlich, ist aber eher ledern und bieder, von revolutionär keine Spur. Der Rechtsextremismus ist ungleich gefährlicher: 43 000 Aktivisten, darunter 8000 Neonazis in 26 Vereinigungen, 2 200 Gewalttaten 1993, acht Tote, 599 Verletzte, dreiundfünfzig Prozent der Schläger unter einundzwanzig Jahren. Polizeitechnisch ist es kein Problem, diese Szene einigermaßen unter Kontrolle zu halten – die Verbindungen zwischen Organisatoren mit einigermaßen scharfen Freund-Feindbildern und einer proletarischen Protestkultur von Skins sind (noch) vage. Wirksame Verknüpfungen in Arbeitslosenquartiere, zu absteigenden Mittelschichten sind nicht erkennbar, die »Führer« sind obskur, lumpenproletarisch, verstiegen. Aber da ist eine verdeckte Kraft, eine Tretmine, die explodieren könnte. Wenn die Armut allzustark wächst – jeder fünfzigste Deutsche bezieht inzwischen vom Sozialamt »Hilfe zum Lebensunterhalt« – sind die Armen schwerer verstreut zu halten, zu isolieren. In manchen Gelenken der immer noch blitzenden deutschen Infrastruktur sitzen Obdachlose, Illegale, Ausgespuckte, umkreist von kleinen, noch unschlüssigen Schlägergruppen aus den Satellitenstädten. Im reichsten Haus Europas klappern zerschlagene, offene Kellerfenster.

Gefährlicher als die aus der Armut möglicherweise gelegentlich aufsteigende Gewalt aber sind moralische Zerfallserscheinungen in der die Gesellschaft der Bundesrepublik tragenden Schicht, dem Bürgertum. Die katastrophale Niederlage von 1945 war noch, sicherlich nur halb freiwillig, aber immerhin, kompromißhaft, durch Zusammenrücken und Zusammenstehen, bewältigt worden: Eingliederung von Millionen von Flüchtlingen, Lastenausgleich, Wiedergutma-

chung, Vermögensabgabe, soziale Marktwirtschaft. Bei der Wiedervereinigung dagegen erweisen sich blindwütiger Besitzindividualismus und Rachsucht als so mächtig, daß die Führungsgruppen klein beigegeben. Eine vergleichsweise kleine, aber einflußreiche Alteigentümer-Lobby erzwingt nicht nur das Prinzip »Rückgabe vor Entschädigung« – und produziert damit 2,5 Millionen ungelöster Eigentumsfragen, die die wirtschaftliche Belebung Ostdeutschlands ernsthaft gefährden –, sondern setzt auch noch einen Entschädigungsfonds durch, in den die schwer belasteten Steuerzahler mindestens elf Milliarden Mark legen sollen. Der Bauer aus Oberfranken oder der Facharbeiter aus Schweinfurt sollen bluten, damit der märkische Adel für seine Herrenhäuser oder ein Fabrikbesitzer aus Spechtenhausen bei Eberswalde für seinen vor Jahrzehnten von den Russen oder den deutschen Kommunisten enteigneten Besitz entschädigt werden kann. Den ostdeutschen Bauern, die heute auf solchen Gütern sitzen, wird von einem (allerdings besonders provokanten) Leitartikler der mächtigsten Zeitung Westdeutschlands gesagt, sie hätten die »Beute« herauszugeben. Vermutlich seien sie »der freiheitlichen Gesellschaftsordnung mit deren Vorstellungen von Eigentumsrechten entwöhnt«. Und dann in blankem Haß: »Das werden sie lernen müssen. Mein und Dein betrifft nicht nur die Schaufel im Sandkasten und worum Kinderstreit sonst zu gehen pflegt.« Besitztümer, die im besten Fall von den Vätern, meist weit früher erarbeitet wurden und mit denen diese (fast alle seit Jahrzehnten warm im Westen sitzenden) »Alteigentümer« nie mehr rechneten und rechnen konnten, werden kompromißlos, eifernd und ohne eine Spur von Scham als »Recht« eingefordert, in der Vorstellung, »der Staat« als große Umverteilungsmaschine habe eben auch die Vorkommnisse einer von den eigenen Eltern loyal ertragenen blutigen Diktatur, eines Weltkriegs und jahrzehntelanger Besetzung »zu regeln«. Dazu kommt: Das Kapitalvermögen an

rentablen Industrieunternehmen in Ostdeutschland befindet sich inzwischen weitgehend in westlicher Hand. Auch Immobilien werden, gefördert durch massive Steuersubventionen, von gut verdienenden Personen aus dem Westen, die mit Steuersubventionen etwas anfangen können, übernommen. Und während der Chef des westdeutschen Geheimdienstes (zu Recht) zum Außenminister aufsteigen kann, wird sein ostdeutsches Pendant zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, weil die verantwortlichen Inhaber der zuständigen Staatsämter die richtige Idee einer Amnestie oder Teilamnestie unter populistischem Druck zurückziehen mußten. Diese krampfartigen Rechtshändel, in der Sprache der Zeit mit dem unübersetzbaren Wort »Vergangenheitsbewältigung« belegt, erzeugen Haß, nicht Handlungsfähigkeit. Die Sprach- und die Verhaltenscodes der bürgerlichen Schicht, die eigentlich »zusammenhalten« müßte, geraten durcheinander – West gegen Ost, weiter oben gegen weiter unten. Politik, vor allem Politik rechts der Mitte, wird schwieriger.

Die Folge sind Abbröckelungsprozesse. In den siebziger und achtziger Jahren hatte es in der politischen Klasse ernste Korruptionsfälle gegeben; auch sorgte eine, auf Grund der Erfahrungen der chaotisch kontroversen Weimarer Republik in den vierziger Jahren geschaffene, sehr »indirekte« »repräsentative«, dem Volk gegenüber mißtrauische Verfassung für eine gewisse Austrocknung der großen politischen Familien, der Parteien. Deutschland ist durch die Wiedervereinigung östlicher und protestantischer geworden. Die deutsche protestantische Tradition der Innerlichkeit, in der es nicht zuerst auf Institutionen und Macht, sondern auf Gesinnungen und Werte ankommt, drängt die obere Mittelschicht von der Politik weg, teils zurück in die Kultur (wohin sie sich im neunzehnten Jahrhundert schon einmal gerettet hatte), teils in eine vielfältige, raffiniert dargebotene und perfekt kommerzialisierte Welt der Muße. Die jungen Leute, die die erfahrenen,